

# Koblenz und der Mittelrhein zwischen Zerstörung und Wiederaufbau

von Peter Brommer

Nach vereinzelt Luftangriffen seit Juni 1940 war Koblenz[Anm. 1] vom 19. April 1944 bis zum 29. Januar 1945 - vornehmlich wegen der strategischen Bedeutung der Brücken und der Bahnanlagen im Stadtkern sowie in den Vororten Lützel und Moselweiß - das Ziel von insgesamt 37 massiven alliierten Luftangriffen[Anm. 2] durch 3.772 Bomber[Anm. 3], die auf die Stadt ca. 9.100 Tonnen Spreng- und 1.100 Tonnen Brandbomben abwarfen. Umgerechnet sind dies ca. 50.000 Spreng- und 690.000 Brandbomben, so dass demnach statistisch auf jeden Hektar des Luftschutzortes Koblenz 7 Spreng- und 91 Brandbomben fielen.[Anm. 4] Von ähnlichen Angriffen waren auch die benachbarten Städte Andernach, Boppard, Engers, Mayen, Neuwied, Nieder- und Oberlahnstein betroffen.[Anm. 5] Flak,[Anm. 6] Sperrballons[Anm. 7] und Vernebelung konnten demnach die verheerenden Zerstörungen nicht verhindern.

Der zunehmenden Bedrohung der Zivilbevölkerung war sich auch die Gauleitung bewusst, so dass am 24. September 1944 600 Frauen und Kinder von Koblenz nach Thüringen "umquartiert" wurden, denen dann bis Kriegsende weitere 40.000 Einwohner folgten.[Anm. 8] In einem im Nationalblatt am 13./14. Januar 1945 veröffentlichten erneuten Räumungsbefehl des Kreisleiters Cattepoel wurde die Koblenzer Bevölkerung nochmals eindringlich aufgefordert, die Stadt umgehend zu verlassen, wobei jeder nur soviel Gepäck mitnehmen dürfe, als er selbst tragen könne.[Anm. 9]

Nach dem offenkundigen Scheitern der am 16. Dezember 1944 begonnenen Ardennenoffensive der Wehrmacht[Anm. 10] im Januar 1945 konnte der alliierte Vormarsch von den deutschen Truppen durch das Fehlen nennenswerter operativer Reserven nicht mehr aufgehalten werden, zumal auch die alliierte Luftüberlegenheit den deutschen Nachschub zusätzlich behinderte.[Anm. 11] Aufgrund der deshalb immer näher rückenden Front[Anm. 12] ging am 7. März - dem Tag, an dem die Brücke von Remagen[Anm. 13] den Amerikanern in die Hände fiel - der Brückenkopf Koblenz in die Befehlsgewalt des Feldheeres unter dem Kampfkommandanten Oberstleutnant Löffler[Anm. 14] über, der angesichts der bedrohlicher werdenden Lage die Mosel- und Rheinbrücken (zuletzt die Horchheimer Brücke am 10. März) sprengen ließ, so dass dadurch die Innenstadt von den meisten Stadtteilen abgetrennt war. Am 10. März erreichten Teile der 3. US-Armee unter General Patton, die Anfang März zuvor Trier erobert hatte, mit dem linken Flügel den Rhein[Anm. 15] und besetzten die nördlich der Mosel gelegenen Koblenzer Vororte. Pattons Ziel war es, die im Hunsrück[Anm. 16] befindlichen Truppen der 7. deutschen Armee einzuzingeln und auszuschalten, um dadurch den Weg für den Vorstoß über den Rhein zwischen Mainz und Worms freizukämpfen. Im Schutze künstlichen Nebels überquerte dann am 13./14. März die 2. US-Infanterie-Division die Mosel und errichtete bei Broden/Müden, Brodenbach/Burgen und Kobern/Niederfell Brückenköpfe, über die der weitere Angriff auf den Hunsrück vorgetragen wurde. [Anm. 17]

Die Eroberung von Koblenz wurde jedoch nicht unmittelbar danach eingeleitet, sondern durch Gefangenenbefragungen und die Auswertung der Erkenntnisse eines Spähtrupps von deutschstämmigen Amerikanern mit deutschen Uniformen in einem erbeuteten Wehrmachtsfahrzeug sorgfältig vorbereitet.[Anm. 18] Man fand dabei unschwer heraus, dass in der Stadt eine große Unordnung herrsche und die deutschen Truppen zahlenmäßig sehr gering seien. Außerdem stellte man fest, dass Koblenz keine Nazi-Stadt sei, obwohl die Koblenzer den Nazis günstiger gesonnen seien als die Trierer. [Anm. 19]

Am 13. März war in Koblenz der militärische Ausnahmezustand verhängt worden. Die zivile und militärische Gerichtsbarkeit ging damit auf den Kampfkommandanten über, der nun zum wiederholten Male die sofortige Räumung der Stadt befahl,[Anm. 20] nachdem noch am 2. März Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Gustav Simon auf einer Kampfkundgebung in Bad Kreuznach von einer durch göttliche Vorsehung ermöglichten Kriegswende geträumt hatte.[Anm. 21] Folgerichtig verließ die Stadtverwaltung bis auf eine Rumpfverwaltung Koblenz in Richtung Filsen. Vorher waren schon am 20. November die Bezirksregierung[Anm. 22] über Bad Salzig und Straßenhaus nach Friesenhagen im Westerwald und das Oberpräsidium[Anm. 23] nach Bad Honnef, im Januar die Gauleitung[Anm. 24] nach Sayneck bei Isenburg und Anfang Februar die Gestapo[Anm. 25] nach Altwied ausgewichen.

Als dann am 17. März Einheiten der 87. US-Infanterie-Division in Koblenz eindrangen,[Anm. 26] stießen sie nur noch auf geringen Widerstand, so dass ihnen bereits am nächsten Tag die Eroberung der ganzen Innenstadt gelang. Einzig auf dem Fort Konstantin oberhalb des Bahnhofs waren noch einige Verteidigungskräfte tätig,[Anm. 27] die aber bereits einen Tag später am 19. März ausgeschaltet werden konnten.[Anm. 28] Insgesamt traten nach diesen Kämpfen in Koblenz 972 deutsche Soldaten den Weg in amerikanische Gefangenschaft an.[Anm. 29] Es dauerte jedoch eine ganze Woche, bis am 27. März die 69. US-Infanterie-Division über den Rhein setzte, die rechtsrheinischen Vororte eroberte und damit die Verbindung zur vorgerückten 87. US-Infanterie-Division herstellte,[Anm. 30] so dass dadurch der Krieg im Raum Koblenz vor der offiziellen Kapitulation der Wehrmacht beendet war und die Zeit der amerikanischen Besatzung begann. Die Amerikaner schlossen dabei in einem bewusst symbolischen Akt an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg an, indem am 6. April auf der Festung Ehrenbreitstein in Anwesenheit des kommandierenden Generals Omar N. Bradley und einer Ehrenkompanie der 69. US-Infanterie-Division in einer feierlichen Flaggenparade das eigens aus Washington eingeflogene Sternenbanner gehisst wurde, das dort schon nach dem Ersten Weltkrieg bis Januar 1923 geweht hatte. [Anm. 31]

Das Fazit des Krieges war erschreckend: Ca. 1.000 Menschen fanden allein in Koblenz den Tod,[Anm. 32] in Mayen waren es 301,[Anm. 33] in Lahnstein 292[Anm. 34] und in Neuwied 281.[Anm. 35] Die Einwohnerzahl von Koblenz war von 91.098 am 17. Mai 1939 über 74.261 am 24. Juli 1944 auf 14.130 beim Einmarsch der Amerikaner gesunken, von denen zu Kriegsende wohl nur noch 4.000 in der Innenstadt gelebt haben dürften.[Anm. 36]

Bombenkrieg und Bodenkämpfe bewirkten, dass in Koblenz von 25.362 Wohnungen am 17. Mai 1939 nur 9.880 im April 1945 übriggeblieben waren.[Anm. 37] Die gesamte Infrastruktur war zerstört.

Staatliche Verwaltungsorgane waren nicht mehr vorhanden: Die Gauhauptstadt, zugleich Sitz des Oberpräsidiums der Rheinprovinz, des Regierungspräsidiums, des Landratsamtes etc., war somit zu einer Geisterstadt geworden. Es war die Zeit größter Improvisation, über die nur wenige schriftliche Quellen in den Archiven überliefert sind, da vieles keinen Niederschlag in den Akten fand, sondern nur mündlich geschah.

### **Neubeginn unter amerikanischer Militärverwaltung**

Die Amerikaner standen nun vor dem großen Problem, das Leben in den zerstörten Städten wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Zunächst mussten - als wichtigste Aufgabe - wieder kommunale Verwaltungen eingesetzt werden: In Koblenz hatte nach der Einberufung von Oberbürgermeister Dr. Nikolaus Simmer[Anm. 38] zum Wehrdienst der ehemalige Trierer Oberbürgermeister Dr. Konrad Gorges[Anm. 39] ab 12. Februar die Geschäfte kommissarisch geführt, bis er am 12. März dem wegen eines Augenleidens im Krankenhaus Kemperhof befindlichen Hafen- und Verkehrsdirektor Franz Lanter[Anm. 40] kommissarisch die Rumpfverwaltung unterstellte. Zu seinem Vertreter wurde Stadtinspektor Josef Schnorbach mit dem Auftrag bestellt, die Stadt an die Amerikaner zu übergeben.[Anm. 41] Diese warfen die Entscheidung zunächst nicht um und ernannten am 18. März unmittelbar nach der Einnahme der Stadt Lanter zum Bürgermeister, der jedoch als Mitglied der NSDAP nur bis zum 8. Juni im Amt verbleiben konnte.[Anm. 42] Er wurde dann von dem früheren städtischen Oberinspektor und Steuerberater Wilhelm Kurth[Anm. 43] abgelöst, der wiederum bis zu seinem Tod am 6. März 1946 im Amt verblieb.

In Andernach, um es am Beispiel einer anderen Stadt aufzuzeigen, erwarteten die Amerikaner am 17. März 1945 vom evangelischen und katholischen Pfarrer sowie fünf Andernacher Einwohnern einen Vorschlag zur Ernennung eines Bürgermeisters. Der von diesen auserkorene Kandidat, Prokurist Meuser, war aber wegen seiner Zugehörigkeit zum NS-Fliegerkorps nicht akzeptabel, so dass sie am 20. März Egon Herfeldt zum Bürgermeister ernannten.[Anm. 44] Dessen Amtszeit war freilich zumindest zu diesem Zeitpunkt (er wurde bekanntlich später nochmals Bürgermeister) nur ein ganz kurzes Intermezzo, da die Amerikaner bereits am 6. April den Andernacher Rechtsanwalt Dr. Schmidt ernannten, der es verständlicherweise als eine undankbare Aufgabe bezeichnete, "die Hinterlassenschaft eines Systems zu übernehmen, das abgewirtschaftet hat", und deshalb den Auftrag zunächst nicht annehmen wollte, im Interesse der Stadt aber dann doch akzeptierte.[Anm. 45] Bereits am 3. Juli trat auch er wieder zurück, so dass Michel Dedenbach die Amtsgeschäfte führen musste, bis am 16. August Karl Theis neuer Bürgermeister wurde, nachdem letzterer tags zuvor Bürgermeister von Andernach-Land geworden war.[Anm. 46]

Auch auf Kreisebene mussten neue Landräte ernannt werden. Einer der ersten von den Amerikanern berufenen Landräte im Regierungsbezirk Koblenz war der frühere Bürgermeister von Münstermaifeld Hermann Doetsch,[Anm. 47] dessen Ernennung zum Landrat von Mayen am 5. April erfolgte. In einem Aufruf an die Kreisbevölkerung desselben Tages[Anm. 48] wies er darauf hin, dass die „Anforderungen der Besatzungs- und Verwaltungsbehörde fühlbar hart und schwer sein“ würden, so dass von allen Berufsständen große Opfer gebracht werden müssten.

Die auffallend häufigen Amtswechsel gerade in der Anfangsphase der Besatzung zeigen sehr eindringlich die großen Schwierigkeiten, mit denen sich die Amerikaner, aber auch die Amtsinhaber konfrontiert sahen. Es konnte ja kaum auf erfahrenes, politisch unbelastetes Personal zurückgegriffen werden. So mussten nach amerikanischen Angaben allein bei der Stadtverwaltung Koblenz im Laufe kurzer Zeit ca. 300 Beschäftigte ausgetauscht werden.[Anm. 49]

Die Amerikaner waren hier sehr pingelig und reagierten bei Einstellungen in Behörden auf falsche biographische Angaben in den Fragebogen[Anm. 50] bewusst hart. Ein sehr anschauliches Beispiel hierfür liefert die zweite Sitzung des Militärgerichts in Andernach,[Anm. 51] das (wohl am 13. April 1945) öffentlich tagte und in der Bevölkerung auf enormes Interesse stieß. Dem Angeklagten, im übrigen von einem deutschen Anwalt verteidigt, wurde u.a. vorgeworfen, den Fragebogen unzureichend ausgefüllt zu haben. So habe er seine Tätigkeit als Kompaniechef des Volkssturms verschwiegen, um 1. Beigeordneter der Stadt werden zu können. Er verteidigte sich mit dem Hinweis, dass er nur aus Zwang der NSDAP beigetreten sei. Damit habe er schließlich "nichts anderes getan ... als das ganze deutsche Volk, das 1933 zu 98 Prozent Hitler gewählt habe." Diese Behauptung stieß jedoch "auf lebhaften Widerspruch unter den deutschen Zuhörern." Auch habe er dem Volkssturm nur zwangsweise angehört. Die Vertreter der Anklage konnten aber anhand von beschlagnahmten Briefen nachweisen, dass er keineswegs ein Verehrer amerikanischer Verhältnisse, sondern vielmehr ein „enthusiastischer Bewunderer des Hitler-Systems gewesen war.“ Er wurde daher für schuldig befunden, zur Erlangung eines öffentlichen Amtes falsche Angaben über seine Person gemacht zu haben, und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Entnazifizierung wurde durch die Aufforderung zur Entfernung von Nazi-Emblemen,[Anm. 52] zur Umbenennung von Straßennamen[Anm. 53] und zur Abgabe von Uniformen der Wehrmacht, Partei und Polizei[Anm. 54] flankiert.

Um Ruhe und Ordnung zu gewährleisten - die Angst vor Werwolfaktivitäten[Anm. 55] war seit den Aachener Ereignissen ständig präsent -, wurden von den Amerikanern natürlich die Ausgehzeiten drastisch eingeschränkt: Für Andernach z.B. galt am 26. März die Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang.[Anm. 56] Diese Beschränkung wurde jedoch im Laufe der Zeit gelockert, so dass am 22. Juni in Koblenz die Ausgehzeit von 4.30 Uhr bis 22.30 Uhr festgesetzt wurde.[Anm. 57] Militärgerichtsverfahren zeigen freilich, dass die Anordnungen nur ungenügend beachtet wurden.[Anm. 58]

Von der Andernacher Stadtverwaltung gerügt wurde auch das Verhalten einiger Frauen und junger Mädchen, die sich trotz des Fraternisierungsverbots,[Anm. 59] aufgrund dessen es übrigens amerikanischen Soldaten untersagt war, Häuser der Zivilbevölkerung zu betreten, amerikanischen Soldaten genähert hätten, so dass ihnen gedroht wurde:[Anm. 60] "Sollten solche Frauen und Mädchen festgestellt werden, werden diese unter Gesundheitskontrolle gestellt und entsprechende Plakate an deren Häusern angebracht." Nichtsdestotrotz nahm die Zahl der Geschlechtskranken zu, so dass in Koblenz auf dem Gelände von Maria Trost eine Geschlechtskrankenstation eingerichtet werden musste. [Anm. 61]

Eine andere wichtige Hygienemaßnahme war wegen der Typhusgefahr die Entlausung, der sich alle Einwohner unterziehen mussten. So wurden in der sofort eingerichteten Koblenzer Entlausungsstation[Anm. 62] durchschnittlich 1.000 Personen täglich entlaust. Den Einwohnern wurde auferlegt, ständig eine Karte mit dem Datum ihrer Entlausung bei sich zu tragen. Es kam jedoch zu Beschwerden der Bevölkerung beim Koblenzer Oberbürgermeister, da die amerikanischen Soldaten auch deutsche Frauen entlausten, so dass man sich schließlich darauf verständigte, zusätzlich auch deutsches, insbesondere weibliches Sanitätspersonal hinzuzuziehen.[Anm. 63]

Große Probleme bereiteten die sog. Displaced persons,[Anm. 64] das sind solche Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppt oder geflüchtet, hier als Arbeitskräfte[Anm. 65]eingesetzt waren und - spätestens - nach dem Ende der Kampfhandlungen eine ziemliche Gefährdung der Sicherheit darstellten,[Anm. 66] da sie vielfach voller Rache plündernd und Gewalt anwendend herumzogen. Die Amerikaner fassten die ca. 100.000 Displaced persons im Bereich des XXIII. Korps zunächst in Lagern zusammen (dabei entfielen z.B. auf Koblenz 2.803 Polen in der Gneisenaukaserne und 2.203 Italiener in der Augustakaserne sowie auf Daaden 1.793 Russen),[Anm. 67] um ab dem 25. Mai mit ihrer Rückführung in die Heimat („Repatriierung“) zu beginnen.[Anm. 68] Entgegen den Erwartungen war dies dann aber eine Aufgabe von mehreren Jahren.

Ganz ähnlich gelagert war die Problematik der vielen deutschen Soldaten, die aufgrund der auch für die Amerikaner unerwartet schnellen Eroberungen[Anm. 69] in amerikanische Kriegsgefangenschaft gerieten und im Gebiet von Rheinland-Pfalz in 23 in größter Eile und nur äußerst notdürftig hergerichteten Lagern[Anm. 70] untergebracht wurden. Die Zahl der hier Gefangenen wird auf ca. 700.000 bis 800.000 Soldaten geschätzt.[Anm. 71] Da die nur behelfsmäßig umzäunten Lager - besonders genannt seien die sog. Rhein- und Nahewiesenlager Miesenheim (ab 8. Mai Andernach), Heidesheim, Remagen, Sinzig, Galgenberg bei Bad Kreuznach und Bretzenheim - keine Baracken hatten, mussten die Soldaten im offenen Gelände auf der Erde kampieren. Die totale Überfüllung der Lager, die schlechte Witterung, die völlig unzureichenden sanitären Verhältnisse, die mangelhafte Verpflegung und mitunter auch die Brutalität der Bewacher setzten den Soldaten enorm zu, so dass viele von ihnen diese Schreckenszeit nicht lebend überstanden.[Anm. 72] Wenngleich genaue Unterlagen über die Sterbequote[Anm. 73] immer noch nicht vorliegen (für Bretzenheim auf dem sog. „Feld des Jammers“ wird sie auf immerhin 3,5 % geschätzt)[Anm. 74], war die Situation hier dennoch günstiger als für die in russische Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten. Um ihr trostloses Schicksal zu verbessern, erließ beispielsweise die Stadt Andernach am 24. April einen Aufruf[Anm. 75] und bat die Bevölkerung um Abgabe aller verfügbaren Decken, Zeltplanen und Uniformmäntel für die Kriegsgefangenen auf dem Gut Nettehammer. Die Spendenbereitschaft war erfreulicherweise so groß, dass drei Tage später berichtet werden konnte:[Anm. 76] "Immer wieder wurden von früh bis spät ... wertvolle Sachen abgegeben, an beiden Tagen allein mehrere hundert wollene Decken; aber auch die Kleidungsstücke und die Zeltplanen häuften sich wieder zu Bergen. Als besondere Spende war ein regendichtes Zelt mit allen Stäben usw. zu verzeichnen, das mehr als 20 Männern Unterkunft bieten wird. Man kann nicht ohne Rührung all die Liebe sehen, die sich in diesen Spenden offenbart".

Parallel dazu verlief die Einrichtung von Internierungslagern für NS-Belastete und Kriegsverbrecher. [Anm. 77] Bei Oberstein wurde bereits am 3. Mai mit der Anlage eines solchen Lagers begonnen,[Anm. 78] das 7.500 Personen aufnehmen sollte, nach amerikanischen Angaben am 9. Mai 166 Personen,[Anm. 79] am 31. Mai nach der Schließung des Trierer Lagers aber bereits 1.443 Personen umfasste und 50 Einzelzellen, ein Tischlergeschäft, einen Friseursalon und eine Schuhreparaturwerkstatt besaß.[Anm. 80]

Zu den im Arbeitseinsatz zwangsverpflichteten Nationalsozialisten durfte kein Kontakt aufgenommen werden. Oberbürgermeister Kurth musste deshalb in einer Rundverfügung an sämtliche städtischen Dienststellen am 3. Juli bekanntgeben, dass bei nochmaliger Beobachtung von Unterhaltungen zwischen städtischen Bediensteten und politischen Häftlingen im Rathaushof jeder mit sofortiger Entlassung zu rechnen habe.[Anm. 81]

### **Aufbau von deutschen Mittelinstanzen**

Stieß die Einsetzung lokaler Verwaltungen schon auf erhebliche Schwierigkeiten, gestaltete sich die Einsetzung staatlicher Verwaltungen der Mittelinstanz noch problematischer: Im Gegensatz zum Regierungsbezirk Trier, wo bereits am 20. März Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Steinlein[Anm. 82] von den Amerikanern als Regierungspräsident eingesetzt war (weshalb die Vakanz nach der Auflösung des Trierer Regierungspräsidiums in Bernkastel am 9. März nur ganz kurz war),[Anm. 83] erwies sich die Situation in Koblenz als komplizierter, da hier neben dem Regierungspräsidium ja auch noch das Oberpräsidium seinen Sitz hatte. Anfang April, als in Friesenhagen immer noch eine Koblenzer Restregierung im Amt war, erhielt der frühere Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Hans Fuchs[Anm. 84] von der amerikanischen Militärregierung den Auftrag, ein Regierungspräsidium für den Koblenzer Bezirk aufzubauen,[Anm. 85] wobei eine förmliche Ernennung zum Regierungspräsidenten von Koblenz aber wohl nicht erfolgt ist. In einem Gespräch mit Dr. Steinlein in Koblenz am 3./4. Mai deutete Dr. Fuchs allerdings an, dass er jetzt „auch mit der vorläufigen Führung des Amtes eines Oberpräsidenten“ beauftragt sei,[Anm. 86] so dass damit der Eindruck suggeriert wird, als habe er seitdem beide Ämter in Personalunion[Anm. 87] ausgeübt, ohne dass sein Zuständigkeitsbereich genauer umschrieben wurde. Tatsächlich hatte am 3. Mai in Koblenz eine Landrätekonzferenz[Anm. 88] unter Vorsitz von Dr. Fuchs stattgefunden, die nach Ausweis der Teilnehmerliste Bedeutung über den Regierungsbezirk Koblenz hinaus besaß, obwohl von den Landräten nur die des Koblenzer Bezirks zugegen waren.

Der Aufbau der deutschen Verwaltung in Koblenz konnte von den Amerikanern freilich nicht im gewünschten Umfang gefördert werden, da sie selbst mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und der Auswahl geeigneten Personals für die Militärregierung sowie der Kontrolle der Displaced Persons befaßt waren.[Anm. 89] Mehr als anderswo bestanden hier allergrößte Schwierigkeiten, fachlich kompetentes, aber politisch unbelastetes Personal für die deutsche Verwaltung zu finden. Die Amerikaner konnten vornehmlich nur auf die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen zurückgreifen, die der mit der Auswahl betraute amerikanische Oberstleutnant Chaffin als "a little rusty" bezeichnete.[Anm. 90] Sie waren in seinen Augen wohl nicht geistig flexibel genug und damit den schwierigen Anforderungen nicht gewachsen.### Mit der Ablösung der Kampftruppen der 1., 3. und 7. US-Armee durch die Besatzungstruppen der 15. US-Armee mit dem XXII. und XXIII. Korps ergab sich

freilich eine neue Situation.[Anm. 91] Das XXIII. Korps war bereits am 28. März beauftragt worden, für die Besetzung, Organisation und Verwaltung der Regierungsbezirke Koblenz, Trier, das Saarland, die Pfalz und Rheinhessen Vorbereitungen zu treffen,[Anm. 92] und konnte daher spätestens am 25. April das vorgesehene Besatzungsgebiet übernehmen, von dem nur die südpfälzischen Kreise mit der Stadt Speyer zugunsten der 1. Französischen Armee ausgenommen wurden, während dem XXII. Korps aus der Rheinprovinz die nördlichen Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln zugewiesen wurden.

Ende April/Anfang Mai hatte Dr. Fuchs von den Amerikanern den erweiterten Auftrag erhalten, eine deutsche Zivilverwaltung für das ganze Besatzungsgebiet der 15. US-Armee einzurichten,[Anm. 93] was freilich mit der Einsetzung des ehemaligen Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident von Saarland-Pfalz-Süd Hessen am 18. Mai etwas kollidierte.[Anm. 94] Dr. Fuchs siedelte dann nach Bad Tönningstein in die Nähe des amerikanischen Stabsquartiers über und wurde am 24. Mai zum Oberpräsidenten des Rheinprovinz-Militärdistrikts bestellt,[Anm. 95] das mit dem Besatzungsgebiet der 15. US-Armee identisch war. Ihm folgte in Koblenz für nur wenige Tage der frühere Düsseldorfer Regierungsvizepräsident Aloys Castenholz[Anm. 96] als Regierungspräsident nach. An jenem 24. Mai unterrichteten die Amerikaner wiederum Dr. Heimerich von anders interpretierten amerikanischen Plänen, nach denen im Gebiet des XXIII. Korps zwei Oberpräsidien - das eine für Saarland-Pfalz-Süd Hessen, das andere für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier - eingerichtet werden sollten,[Anm. 97] wo von einer Einbeziehung der beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier in den Rheinprovinz-Militärdistrikt hier nun nicht mehr die Rede war. Eine solche Planung wurde ihm allerdings am 3. Juni in Idar-Oberstein von den Amerikanern zur Kenntnis gebracht.[Anm. 98] Damit keinesfalls konform wurden Dr. Heimerich am 1. Juni die Regierungsbezirke Trier und Koblenz mit Wirkung vom 1. bzw. 8. Juni in einem Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar unterstellt.[Anm. 99] Das unterschiedliche Datum der Unterstellung mag seinen Grund in den Schwierigkeiten der Besetzung des Postens des Koblenzer Regierungspräsidenten haben, wo am 13. Juni mit der Amtseinführung des ehemaligen Altenkirchener Landrats Dr. Wilhelm Boden[Anm. 100] endlich ein Schlusspunkt gesetzt wurde.

Als anlässlich einer Besprechung der Regierungspräsidenten am 21. Juni im Oberregierungspräsidium in Neustadt Dr. Steinlein auf Erlasse von Oberpräsident Dr. Fuchs an ihn hinwies, war die Verwirrung über die Verwaltungsstrukturen und Kompetenzen komplett. Ein deshalb sofort herbeigeführtes Telefonat mit dem Kommando der 15. US-Armee ergab dann jedoch, dass Dr. Fuchs keine Zuständigkeit im Bereich des XXIII. Korps mehr besitze.[Anm. 101] Dieser Sachverhalt wurde dem Koblenzer Regierungsvizepräsidenten Dr. Sommer nochmals in einem Gespräch am nächsten Tag in Neustadt von Dr. Heimerich ausführlich dargelegt, da bei der Besprechung vom Vortag kein Vertreter der Koblenzer Regierung zugegen war.[Anm. 102] Er betonte dabei, dass "die Amerikaner ... über das Hereinregieren von Oberpräs. Fuchs sehr aufgebracht" seien. "Der Zusammenhang der Rheinprovinz sei im Hinblick auf die verschiedenen Besatzungsmächte "erledigt". Die Verwaltung der Provinz sei eine rein militärische Angelegenheit ... Das Unternehmen Fuchs von Aachen bis Neustadt ist ganz falsch, ist einfach zu groß".

Diese Klarstellung war deshalb so außerordentlich wichtig, weil genau zur fraglichen Zeit das Besatzungsgebiet des XXII. US-Korps, also die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln, in die

Hoheit der Briten übergeleitet und Dr. Fuchs von diesen am 20. Juni zum „Oberpräsidenten der Nord-Rhein-Provinz“ mit Wirkung vom 21. Juni ernannt worden war.[Anm. 103] Dr. Heimerich ging nun davon aus, dass sich an der amerikanischen Besatzungsgewalt für das Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar nichts ändere, da es, wie er sich ausdrückte, vorläufig nicht danach aussehe, "dass die Franzosen an die Stelle der Amerikaner kämen"[Anm. 104].

Somit hatte die Grenze zwischen dem XXII. und XXIII. US-Korps einen ganz unmittelbaren Einfluß auf die Grenzziehung zwischen den Besatzungszonen und die späteren Landesgrenzen, indem sie spätere Entwicklungen praktisch vorwegnahm. Wenngleich das alte Oberpräsidium der Rheinprovinz jetzt endgültig abgeschafft war, versuchte Dr. Fuchs am 28. Juni in einer Denkschrift[Anm. 105] an das Hauptquartier der britischen Militärregierung der Nord-Rheinprovinz den ehemaligen Zustand zu retten und erhob schwere Bedenken gegen ihre Aufteilung, da sie nur "Siechtum und Tod" für die beiden Teilgebiete bedeuten könne. Seinem Versuch war jedoch kein Erfolg beschieden.

### **Unter französischer Verwaltung**

Die Lage hinsichtlich des Fortbestandes der amerikanischen Besatzungszone hatte Dr. Heimerich allerdings völlig falsch eingeschätzt, denn nur wenige Tage später trafen sich am 2. Juli im Hauptquartier der 15. US-Armee in Bad Neuenahr Staboffiziere der 6. Armee-Gruppe und des XXIII. Korps auf amerikanischer Seite und der 1. Armee, des II. Korps sowie anderer Einheiten auf französischer Seite und vereinbarten das Verfahren der Überleitung der Befehlsgewalt auf die Franzosen in ihrer Besatzungszone,[Anm. 106] wobei bemerkenswerterweise nur ganz wenige Befehle schriftlich fixiert wurden.[Anm. 107] Dem französischen Wunsch, dass die Amerikaner ihnen "due to a skeleton staff" noch für kürzere Zeit hilfreich zur Seite stehen sollten, wurde dabei entsprochen.[Anm. 108] Die Amerikaner zeigten sich ziemlich verwundert über die Planlosigkeit und mangelnde Koordinierung in der französischen Armee. So musste der französische Verbindungsoffizier Leutnant George Ragache vom II. Korps erhebliche Verwirrungen in der französischen Kommandostruktur eingestehen, aufgrund derer ihm beispielsweise nicht der Name seines kommandierenden Generals gegenwärtig war.[Anm. 109] Ohnehin war das Einrücken der Franzosen in ihre Besatzungszone nur durch massive amerikanische Unterstützung möglich, indem sie den Franzosen genügend Transportmittel hierfür bereitstellten.[Anm. 110]

Bis zum 10. Juli hatten die Franzosen dann aber ihr Besatzungsgebiet übernommen und dabei von den Amerikanern Unterlagen über die deutschen Verwaltungen, die Displaced persons und die Internierungslager erhalten.[Anm. 111] Damit begann ein neuer Abschnitt, der von der deutschen Bevölkerung mit größter Skepsis betrachtet wurde, da man allgemein von einer beträchtlichen Verschlechterung der Lebensumstände ausging.

Die bösen Ahnungen sollten sich zunächst auch bestätigen: Am 9. August musste der Koblenzer Oberbürgermeister dem Regierungspräsidenten berichten,[Anm. 112] dass "das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Besatzung ... in der letzten Zeit manches zu wünschen übriglasse", um am 2. September noch deutlicher zu werden und darauf hinzuweisen, dass sich „in der letzten Zeit in der Bevölkerung eine antifranzösische Stimmung bemerkbar“ mache.[Anm. 113] Die Franzosen ließen



gleich zu Beginn der Besetzung die deutsche Bevölkerung sehr deutlich spüren, wer Herr im Hause war. Mit Plakatanschlag wurde in Koblenz von der Militärregierung als Vergeltungsmaßnahme eine Ausgehsperrung vom 21. auf den 22. und vom 22. auf den 23. Juli verhängt, da "nazistische Elemente und Unruhestifter ... aufreizende, gegen die Besetzung gerichtete Inschriften angebracht und eine Anzahl von der Militärregierung angebrachten Plakate zerrissen" hätten.[Anm. 114] In einer Rundverfügung vom 26. Juli musste Oberbürgermeister Kurth alle deutschen Angestellten in Uniform oder durch Armbinde gekennzeichnet auf die Grußpflicht gegenüber allen französischen Regimentsfahnen, den Fahnen an öffentlichen Gebäuden, den mit Stander ausgestatteten Wagen der Generale und des Stadtkommandanten von Koblenz und allen Offizieren in Uniform sowie auf die Pflicht zur Ehrenbezeugung beim Abspielen der französischen Nationalhymne hinweisen.[Anm. 115]

Das gesamte öffentliche Leben wurde nun komplizierter und erheblich bürokratischer. Hatten die Amerikaner noch am 5. Juli die in Kürze bevorstehende Einsetzung eines Bürgerrats[Anm. 116] bekanntgegeben, der in Form eines Ernährungsausschusses[Anm. 117] zunächst ohne ihr Wissen, dann aber mit ihrer stillschweigenden Billigung bereits seit Anfang April tätig war, teilte Oberbürgermeister Kurth am 21. Juli mit, die französische Militärregierung habe „die Bildung eines antifaschistischen Bürgerrats genehmigt, der das Bindeglied zwischen der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung sein und diese bei der Lösung ihrer Aufgaben beraten und helfend unterstützen“ solle.[Anm. 118] Es dauerte dann jedoch noch ein ganzes Vierteljahr, bis er am 26. Oktober in Anwesenheit des Regierungspräsidenten Dr. Boden und des Stadtkommandanten Major Loudig endlich als erste derartige Institution im Koblenzer Regierungsbezirk während der französischen Besetzungszeit seine Tätigkeit aufnehmen konnte. In fünf weiteren Sitzungen bis zum 5. September 1946 wurden hier wichtige Lebensfragen der Stadt erörtert.[Anm. 119] An diesem Beispiel lässt sich sehr gut der entscheidende Unterschied zwischen der amerikanischen und der französischen Militärverwaltung aufzeigen: Die Amerikaner erklärten ihre bürokratische Absicht zur Einrichtung eines Bürgerrats, der faktisch schon längst bestand, während die Franzosen zunächst etwas genehmigten, die praktische Umsetzung dann aber torpedierten, da sie im Gegensatz zu den anderen Alliierten in der Zulassung politischer Parteien zögerlicher waren und in den Bürgerräten eine parteipolitische Betätigung sahen.

Die Stadt Koblenz wurde angesichts der enormen Kriegszerstörungen vor allem in der Innenstadt vor das Problem der Wohnungsbeschaffung für die wieder aus der Evakuierung nach Thüringen Heimkehrenden oder aus der Kriegsgefangenschaft Entlassenen gestellt. Bereits am 10. April 1945 wies die Verwaltungsstelle Ehrenbreitstein Bürgermeister Lanter darauf hin, es sei dringend nötig, Klein- und Kleinstwohnungen herzurichten, "um den schon jetzt einsetzenden Strom der zurückkehrenden Evakuierten ... einweisen zu können." [Anm. 120] Als Auffangstätten wurden mit Zustimmung der Pfarrer Metzdorf und Winterberg das Brüderhaus, das Waisenhaus und das Evangelische Stift ausgewählt.[Anm. 121] Das war freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, so dass mit einer Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz am 21. Juli die Notbremse gezogen werden musste:[Anm. 122] "Mit Zustimmung der französischen Militärregierung Koblenz und des Herrn Regierungspräsidenten wird ab sofort der Zuzug und die Rückwanderung in das Gebiet des Stadtkreises Koblenz gesperrt ... Binnen wenigen Wochen ist die Einwohnerzahl der Stadt auf über 40.000 Einwohner, der tägliche Zuwachs auf 250-300 Personen gestiegen". Die Militärregierung

musste außerdem am 13. August ein Schiedsgericht einsetzen, das Streitfälle zwischen den Wohnungseigentümern und jetzigen Bewohnern regeln sollte.[Anm. 123] Da trotz des Zuzugsverbots täglich mehr als 100 Personen nach Koblenz drängten, wurde eine erneute Evakuierung von ca. 8.000 Menschen auf die umliegenden Landkreise ins Auge gefasst, die sich dagegen jedoch mehr oder weniger deutlich sträubten.[Anm. 124]

Die Situation wurde freilich noch prekärer, als im November aufgrund einer Anordnung des Alliierten Kontrollrats ein Flüchtlingsaustausch zwischen den Besatzungszonen herbeigeführt werden sollte. Auf einer Konferenz der Landräte und Sachbearbeiter für Umquartierung in Koblenz am 23. November wurde daher beschlossen, auch Personen, die monatelang nicht gearbeitet, jetzt aber schnell eine Arbeitsstelle gesucht und gefunden hätten, müssten Koblenz in kürzester Frist verlassen.[Anm. 125] Die praktische Umsetzung der Beschlüsse war aber schwieriger als erwartet, da beispielsweise am 29. November die Stadt den Regierungskommissar für Umquartierung, Dr. Junges, darauf hinwies, er solle sein Hauptaugenmerk mehr auf die Umquartierung der in Koblenz Wohnenden legen, die die Stadt wegen der Gesundheitsschädlichkeit der Wohnungen und wegen mangelnder Arbeit verlassen müssten, als sich um die aus Thüringen Zurückkehrenden zu kümmern.[Anm. 126] Ohnehin waren die Fortschritte der Umquartierung nur bescheiden. So konnten in der letzten Novemberwoche nur 175 Familien mit insgesamt 461 Personen umgesiedelt werden, weil nicht mehr Transportmöglichkeiten zur Verfügung standen.[Anm. 127] Aber auch in Fällen völliger Übereinstimmung zwischen Stadt und Dr. Junges traten mitunter überraschende Schwierigkeiten auf. So scheiterte beispielsweise die von der Polizei als unbedingt notwendig angesehene Umquartierung einer Frau, deren Wohnung mehr "einem Freudenhaus" glich, daran, dass es ihr gelang, von einem französischen Oberleutnant zu seiner Damenschneiderin erklärt zu werden.[Anm. 128]

Die eben angesprochenen Transportschwierigkeiten hatten für den Wiederaufbau der Stadt weitreichende Folgen:[Anm. 129] Diese benötigte im September 1945 mindestens 1 Million Quadratmeter Dachpappe. Ca. 150 Tonnen Rohpappe, das sind umgerechnet ca. 350.000 Quadratmeter, hätten von der Feldmühle in Oberlahnstein gegen Lieferung von 150 Tonnen Nusskohle beschafft werden können, da die Feldmühle nur noch einen Vorrat von 20 Zentnern Kohlen hatte und deshalb den Betrieb bald hätte einstellen müssen. Da Koblenz im August aber nur 7 Waggon Brennstoff erhalten hatte, konnte das Tauschgeschäft nicht direkt, sondern erst später getätigt werden.[Anm. 130] Im Gegensatz zu den Monaten April bis Juni, wo der Stadt monatlich 60.000 Liter Benzin zugeteilt worden waren, hatte Koblenz im September nur 12.000 Liter erhalten, so dass die Stadt dadurch nicht in der Lage war, größere Transporte mit Lastwagen durchführen zu lassen, da das Benzin angeblich für den Betrieb der 28 mit neuer Lizenz fahrenden Personenwagen gebraucht wurde. Von den vorhandenen 11 Benzin-, 36 Diesel- und 25 Generatorlastwagen waren ohnehin nur ca. 40 Wagen einsatzbereit. Oberbürgermeister Kurth wies deshalb am 2. September den Regierungspräsidenten darauf hin, dass diese geringen Kapazitäten für den Wiederaufbau der Stadt völlig unzureichend wären, zumal hier auch im Gegensatz zu den Landkreisen keine anderen Transportmöglichkeiten wie Pferde- und Ochsespanne vorhanden seien. Die Straßen würden zwar unter Einsatz starker Kriegsgefangenenkolonnen von Trümmern befreit, doch der Wegtransport des Schutts könne wegen der angesprochenen Schwierigkeiten nicht erfolgen, so dass der Schutt in die zerstörten Häuser geworfen werden müsse.[Anm. 131]

Eine Besserung der Wohnungssituation trat nicht ein, vielmehr musste Oberbürgermeister Schnorbach am 1. Juli 1946[Anm. 132] heftige Klage darüber führen, dass sich die Wohnungsnot aufgrund der enormen Anforderungen der Besatzungsmacht unerträglich steigere. Die Bevölkerung wäre sehr verbittert, zusätzlich zur Beschlagnahmung der Wohnung durch die Franzosen auch noch den Hausrat zu verlieren, zumal diese in Bad Ems ja schöne Wohnungen für ihre Familien hätten. Um es in Zahlen auszudrücken: Vom 1. April 1946 bis zum 28. Februar 1947 wurden von den Franzosen in Koblenz 28 Häuser, 324 Wohnungen, 212 Zimmer, 5 Gaststätten, 16 Garagen, 14 Ladenlokale, 2 Gärten, 3 Tankstellen, 3 Lagerräume und 4 Schulräume beschlagnahmt.[Anm. 133] Am 14. Juli 1947 hatte sich die Lage weiter verschlechtert, denn zu diesem Zeitpunkt betrug der gesamte Wohnraum einschließlich Kellerwohnungen und Ruinenbehausungen bei 21.500 Haushalten nur 12.260 Wohnungen, von denen wiederum 952 Wohnungen beschlagnahmt waren, so dass demnach noch 11.308 Wohnungen für die deutsche Bevölkerung übrigblieben.[Anm. 134] Am 17. November 1947 musste das städtische Wohnungsamt dann voller Resignation feststellen:[Anm. 135] „Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Zahl der verfallenden Wohnungen um ein Bedeutendes erhöht, da in baulicher Hinsicht gegen den Verfall nichts getan wird. Man kann so von einer ständigen Verminderung des vorhandenen Wohnraumbestandes sprechen. Die wenigen in Selbsthilfe hergerichteten Wohnungen werden von der Zahl der ausfallenden Wohnungen übertroffen.“ Die Beseitigung der Kriegsschäden im Zuge der Selbsthilfe reichte also überhaupt nicht aus, den dringend benötigten Wohnraum bereitzustellen, der auch den baupolizeilichen und hygienischen Anforderungen genügt hätte, so dass zur Behebung der Wohnungsnot auswärtige Bauarbeiter[Anm. 136] eingesetzt werden mussten, für die in Koblenz aber wiederum zusätzliche Unterkünfte zu schaffen waren. Mit seinem Plan, die französische Besatzungsmacht für einen umfassenden Neubauplan zu gewinnen, da sie "die Stadt zu einem bedeutenden Regierungszentrum auszugestalten beabsichtigt", stieß Oberbürgermeister Schnorbach auf Gegenliebe.[Anm. 137] Es kam daher etwas später analog zu Mainz zur Einsetzung eines Zweckverbandes für den Wiederaufbau von Koblenz, da „die Verwicklung der mitspielenden Interessen ... eine vollendete Koordination der verantwortlichen Wiederaufbaudienststellen“ erfordere, wie es Generalgouverneur Hettier de Boislambert formulierte.[Anm. 138]

Selbst wenn das Mobiliar noch vorhanden war, gestaltete sich das Leben in den Wohnungen durch erhebliche Mängel in der Hausbrandversorgung als äußerst schwierig, da unzählige Haushalte längere Zeit weder zum Kochen noch zum Heizen den nötigen Brennstoff besaßen.[Anm. 139] Auf Anordnung der Militärregierung wurde ab 1. Oktober 1946 zur Einsparung von Kohlen auch den Bäckereien die zugewiesene Menge von 40 bis 45 kg Kohlen pro 100 kg verbackenes Mehl auf 30 kg reduziert.[Anm. 140] Der Plan, anstelle der Kohle nun Holz zu verwenden, scheiterte jedoch an den bekannten Transportschwierigkeiten.[Anm. 141] So konnte das Brennholz im Stadtwald - dort waren im Januar 1946 mehrere Tausend Raummeter vorhanden - ebenfalls nicht abgefahren werden.[Anm. 142] Die Wiederherstellung des Gasleitungsnetzes im Stadtgebiet war sehr arbeits- und zeitaufwendig, da immerhin mehr als 2.000 Rohrbrüche zu reparieren waren.[Anm. 143]

Mitunter stießen die amtlichen Zuteilungsquoten auf ziemliches Unverständnis. In seinem Bericht an die Militärregierung bezeichnete es Oberbürgermeister Kurth am 7. Februar 1946[Anm. 144] als unverständlich, dass "man der Stadt Koblenz 900 Glühbirnen zuteilt, dafür aber dem Stadtkreis

Montabaur 1000 Glühbirnen gibt, da in Montabaur lediglich 3 Häuser beschädigt sind. Ein ähnliches Verhältnis konnte ich bei der Verteilung von Haushaltsartikeln feststellen. Die Stadt Münstermaifeld erhält 1200 kg Haushaltsartikel, während die Stadt Koblenz nur 300 Kilo erhält." Da seit dem Einmarsch der Amerikaner in Koblenz kein Kleidungsstück mehr ausgegeben werden konnte, was insbesondere für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen äußerst ungünstig war,[Anm. 145] leitete die Stadt am 11. Februar 1946 anlässlich der bevorstehenden Kommunionfeierlichkeiten den Antrag von Dechant Homscheid auf Bewilligung von 500 Metern weißen Kleiderstoffs für Mädchen und 400 Metern weißen Stoffs für Jungenanzüge an die Franzosen mit dem durchaus nachvollziehbaren Hinweis weiter, man solle "richtigerweise allgemeinen Kleiderstoff zur Verfügung stellen ..., damit diese Kleider auch in der nachfolgenden Zeit getragen werden können." [Anm. 146] Eine Verbesserung war auch hier nicht in Sicht, so dass u.a. am 27. März 1947 Oberbürgermeister Schnorbach die mangelnde Zuteilung von Textilien und Schuhen beklagen musste, da in den Familien die nach dem Krieg noch verbliebenen Restbestände mittlerweile verbraucht wären. Vielfach könnten Kinder deshalb nicht zur Schule und Erwachsene nicht zur Arbeit gehen.[Anm. 147]

Hatte Oberbürgermeister Kurth noch am 9. August 1945 eine allgemeine, damals noch nicht besorgniserregende Unterernährung konstatiert,[Anm. 148] die sich sogar am 2. September noch etwas gebessert hatte,[Anm. 149] musste am 1. Juli 1946 Oberbürgermeister Schnorbach, nachdem alle Wehrmachtsbestände verbraucht waren, von einer geradezu verzweifelten Situation sprechen, da die Rationssätze derzeit nur noch 600,5 Kalorien pro Tag anstelle der nach internationalen Feststellungen benötigten 1.150 Kalorien betrügen.[Anm. 150] Einen Artikel in der Rhein-Zeitung vom 7. Oktober, in dem ein Mindestsatz von 2.400 Kalorien gefordert wurde, nahm er deshalb zum Anlass, um darauf hinzuweisen, dass "in Koblenz die Ernährung von diesen Kalorienwerten weit entfernt" sei. Eine gewisse Linderung bedeutete die Schweizer Spende,[Anm. 151] die mit großem Dank angenommen wurde. Allein im Mai 1946 wurde durch sie beispielsweise 1.750 Koblenzer Kindern eine tägliche Schulspeisung ermöglicht. Bis dahin hatten 2.268 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren je ein Lebensmittelpaket mit Zwieback, Kondensmilch, Sardinen und Speisefett erhalten.[Anm. 152] Außerdem durften sich 250 Jungen und Mädchen in der Schweiz erholen.[Anm. 153] Angesichts der Schwierigkeiten erregte es doch einigen Unmut in der Stadt, dass französische Kinder zur Erholung in den Regierungsbezirk Koblenz geschickt wurden,[Anm. 154] weil dadurch in der Schweiz der falsche Eindruck entstehen könnte, die Not sei in Koblenz gar nicht so groß.

Natürlich kam es auch zu Fälschungen von Lebensmittelmarken.[Anm. 155] Im Mai 1946 flog ein Fälscherring auf, der in den Kasematten der Feste Franz eine Geheimdruckerei eingerichtet hatte. Zahlreiche, in die Fälschungsaktion verwickelte Koblenzer Geschäftsleute wurden hart bestraft und mussten daraufhin z.T. sogar ihr Geschäft schließen.[Anm. 156] Ebenso nahmen die Einbrüche in den Lebensmittelgeschäften zu, so dass auf Veranlassung des französischen Stadtkommandanten Loudig die Koblenzer Lebensmittelhändler, Bäcker und Metzger zusammengerufen wurden, um ihnen Richtlinien und Hinweise für die bessere Sicherung und Aufbewahrung ihrer Waren zu vermitteln, da in Koblenz im vergangenen Jahr 2.000 kg Mehl, 1.550 kg Fleisch, 600 kg Butter, 2.030 kg Nahrungsmittel, 300 kg Käse und 300 kg Zucker gestohlen worden seien.[Anm. 157] Im letzten Quartal von 1945 wurden außerdem 300 kg Waschmittel entwendet.[Anm. 158]

Die Kriminalitätsrate nahm ebenfalls erheblich zu.[Anm. 159] Es häuften sich daher die Verfahren vor dem Koblenzer Militärgericht, deren Urteile durch Anschlag im Koblenzer Stadthaus veröffentlicht wurden. Exemplarisch seien einmal die Anklagepunkte der Sitzung des Gerichts vom 11. Dezember 1946[Anm. 160] herausgegriffen, um eine kleine Anschauung von seiner Tätigkeit zu erhalten: Waffenbesitz, Aufhängen einer Hakenkreuzfahne, Nachlässigkeit im Dienst, feindliche Haltung gegenüber den Besatzungstruppen, mehrfach Schlägerei und Beleidigungen, ungesetzlicher Besitz eines französischen Radios, Kohlenhehlerei, Verkauf von 10 Zentnern Kartoffeln, mehrfach ungesetzlicher Transport bewirtschafteter Waren, unerlaubter Transport einer Korbflasche und eines halben Zentners Getreide, Benutzung eines verfallenen Verkehrsausweises, Benutzung falscher Ausweispapiere, Verkehrsunfall, Fehlen einer Sonntagsgenehmigung, Fehlen einer Verkehrsgenehmigung, mehrfach unerlaubter Grenzübertritt, unerlaubter Aufenthalt in der französischen Besatzungszone und mehrfach Fehlen eines Passierscheines.

Die französische Besatzung bedeutete für Koblenz eine ganz enorme finanzielle Belastung, da deren Kosten ständig stiegen. Betrug die Besatzungskosten für den Monat August 1945 noch 222.438 RM, steigerten sie sich auf 355.685 RM für den Monat Dezember 1945, auf 457.946 RM für den Monat Januar 1946 und auf 534.862 RM für den Monat März 1946.[Anm. 161] Waren es anfangs die vielen Plünderungen bzw. - nach amtlichem Sprachgebrauch - Requisitionen, die die Bevölkerung so erbosten, [Anm. 162] nahm der Wohnungsbedarf der Franzosen schließlich unerträgliche Formen an. Die Stadt musste daher allein für 1946 650.000 RM für den Bau von Privathäusern auf dem Oberwerth, 1.972.000 RM für weitere Privatbauten französischer Militärs in anderen Stadtteilen, 1.479.000 RM für verschiedene Hotelbauten und 794.000 RM für Möbelbeschaffungsmaßnahmen an Besatzungskosten aufwenden.[Anm. 163] Bis zur Währungsreform im Jahr 1948 kosteten die französischen Baumaßnahmen immerhin 13.300.000 RM.[Anm. 164] Nach anderen Erhebungen hatte die Stadt bis einschließlich Januar 1948 an Miete für beschlagnahmte Räume 3.229.416,33 RM, an Mobiliarrequisitionen 2.877.191,99 RM, an Umbaumaßnahmen für Besatzungszwecke 8.936.992,54 RM, an nicht anerkannten Requisitionen 53.711,18 RM, an Inanspruchnahme von Arbeitskräften 7.255.913,48 RM und an Ausgaben für die Besatzungsämter 511.130,45 RM, insgesamt also 22.875.355,97 RM zu zahlen.[Anm. 165]

Der enorme Wohnungsbedarf der Franzosen war durch die Garnison und die Einrichtung der Militärregierung in Koblenz nach kurzfristigem Sitz in Vallendar und Bad Ems bedingt. Die Verlegung nach Koblenz in das Regierungsgebäude und den Koblenzer Hof am Rheinufer fand zunächst nur symbolisch am ersten Jahrestag der deutschen Kapitulation mit einer Parade von Einheiten der 10. Division statt.[Anm. 166] Der eigentliche Umzug - er konnte wegen der notwendigen Wiederaufbauarbeiten, bei dem zeitweise mehr als 1.000 Arbeiter im Einsatz waren, jedoch erst einige Monate später erfolgen[Anm. 167] - geschah gleichsam zwangsläufig, war Koblenz nach dem Ersten Weltkrieg doch schon Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission und zudem, wie bereits erwähnt, Sitz wichtiger deutscher Verwaltungen.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Franzosen hatten auch hier entscheidende Veränderungen begonnen: Am 14. Juli 1945 schlug nämlich der Koblenzer Regierungspräsident Dr. Boden, dessen

Verhältnis zu Oberregierungspräsident Dr. Heimerich reichlich unterkühlt war,[Anm. 168] den Franzosen die Loslösung der beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier vom Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar vor, da es für dieses keine historische, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Begründung gebe.[Anm. 169] Diese griffen den Vorschlag sofort auf und zerschlugen wenige Tage später die Provinz Mittelrhein-Saar,[Anm. 170] so dass das ehemals vom XXIII. US-Korps besetzte Gebiet nur noch aus Regierungspräsidien bestand. Parallel dazu wurde der Regierungsbezirk Koblenz durch die vier ehemals nassauischen Kreise Ober- und Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen erweitert. Im Zuge der Schaffung des sog. deutsch-französischen Rats wurden die beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier durch General Billotte am 22. August enger zusammengefasst.[Anm. 171] Daraus entstand dann am 2. Januar 1946 das Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau mit Sitz in Koblenz,[Anm. 172] das unter Oberpräsident Dr. Boden aus den beiden gen. Regierungsbezirken und dem aus den vier nassauischen Kreisen neu eingerichteten Regierungsbezirk Montabaur gebildet wurde.

Auch diesem Verwaltungsgebilde war freilich keine lange Lebensdauer beschieden, denn am 30. August 1946 schuf General Koenig mit der Verordnung Nr. 57[Anm. 173] das Land Rheinland-Pfalz, in welches das Oberpräsidium dann aufging. Die Landesgründung hatte nun für Koblenz ganz erhebliche Konsequenzen, da Mainz von den Franzosen zur neuen Landeshauptstadt bestimmt wurde. Die Bemerkung im Rheinischen Merkur,[Anm. 174] die Stadt Koblenz trete "der berühmteren und größeren Schwester am Rhein diese Stellung neidlos, wenn auch nicht leichten Herzens ab", ist ziemlich beschönigend. Oberbürgermeister und Bürgerrat sahen am 5. September in der geplanten Verlegung des Sitzes der Landesregierung mit Recht eine schwere wirtschaftliche Schädigung ihrer "hart geprüften Stadt für Gegenwart und Zukunft" und beantragten daher, "Koblenz in seiner geschichtlich gewordenen Stellung als Hauptstadt und Regierungssitz des Rheinlandes zu belassen."[Anm. 175] Die Entscheidung der Franzosen konnte jedoch nicht gekippt werden, so dass Koblenz daher nur eine relativ kurze Zeit verblieb, sich im Glanze einer Landeshauptstadt sonnen zu können, wo seit dem 29. November 1946 eine Landesregierung[Anm. 176] unter Ministerpräsident Dr. Boden tätig und eine Beratende Landesversammlung[Anm. 177] vor der Wahl des ersten Landtages an den Beratungen über die künftige Landesverfassung beteiligt war, bis die fortschreitenden Wiederaufbaumaßnahmen in Mainz und die Abstimmungen im Parlament den Umzug 1950/51 dann ermöglichten.

#### Anmerkungen:

1. Vgl. Art. von Karl Oster: Es geschah vor zehn Jahren, in: Rhein-Zeitung Nr. 255 vom 2. November 1954 (LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 319, 511); Artikelserie von Hanns H. Röhl: Als Koblenz brennend unterging, in: Rheinpost vom 30. Oktober 1954ff. (LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 319, 510) und Helmut Schnatz: Der Luftkrieg im Raum Koblenz 1944/45. Eine Darstellung seines Verlaufs, seiner Auswirkungen und Hintergründe (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 4), Boppard 1981, S. 26.
2. Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 562-569, und "Im übrigen ist ganz K. ein Trümmerhaufen." Koblenz in der Zerstörung 1944/45. Begleitheft zur Ausstellung, Koblenz 1994, S. 64-71, aber: Helmut Schnatz: Die Stellung der Stadt Koblenz in der alliierten Bombenoffensive des Spätjahres 1944, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1, 1975, S. 396f.: 35 Angriffe.
3. Dagegen Schnatz, Stadt Koblenz (wie Anm. 2), S. 402: 3718 Bomber.
4. Vgl. Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 523f., und Begleitheft zur Ausstellung (wie Anm. 2), S. 49. - Zu den Löscharbeiten vgl. auch die Berichte der Feuerwehr (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 368). Auf der Koblenzer Landrätekonferenz am 22. Mai 1944 wurde über die Erfahrungen aus den Luftangriffen auf Koblenz berichtet (LHA Koblenz, Best. 487 Nr. 29).
5. Vgl. Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 558-561. Vgl. ferner die Polizeiberichte über die Luftangriffe (LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 68).
6. Vgl. Gerhard Granier: Die Luftverteidigungszone West, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19, 1993, S. 539-553.

7. Vgl. dazu Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 499, Abb.85.
8. Vgl. Heinz Boberach, Nationalsozialistische Diktatur, Nachkriegszeit und Gegenwart, in: Geschichte der Stadt Koblenz 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, Stuttgart 1993, S. 188.
9. Vgl. Artikelserie "Als Koblenz brennend unterging" Nr. 15-17 (wie Anm. 1) vom 17.-28. Dezember 1954 und Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 442f. Der Evakuierungsbefehl galt natürlich auch für andere mittelrheinische Städte. So wurden beispielsweise in den Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 16 vom 10. Februar 1945 Andernacher Frauen aufgefordert, sich wegen der Umquartierung auf der dortigen Geschäftsstelle der NSV zu melden.
10. Vgl. u.a. Hermann Jung: Die Ardennenoffensive 1944/45, Göttingen 1971; Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 374-444, und Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 27), München 1995, S. 312-343.
11. Vgl. Hans Joachim Mack: Die Kämpfe im Rhein-Mosel-Gebiet und um Koblenz im März 1945 (Mittelrheinische Hefte, Bd. 16), Koblenz 1990, S. 9, und Art. „Der Krieg am mittleren Rhein 1945“, in: Rheinischer Merkur Nr. 3 vom 22. März 1946, S. 4.
12. Vgl. dazu „Nachrichten für die Truppe“ vom 8. März 1945, in: Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 514.
13. Vgl. u.a. Rolf Palm: Die Brücke von Remagen. Der Kampf um den letzten Rheinübergang - ein dramatisches Stück deutscher Zeitgeschichte, Bern/ München 1985; Winfried Becker: Die Brücke und die Gefangenenlager von Remagen. Über die Interdependenz eines Massenschicksals im Jahre 1945, in: Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.-31.10.1985 (Passauer Historische Studien, Bd. 5), Köln/ Wien 1987, S. 55-59, und Lothar Brüne/Jakob Weiler: Remagen im März 1945. Eine Dokumentation zur Schlußphase des Zweiten Weltkrieges, hrg. vom Friedens-Museum "Brücke von Remagen e.V.", Remagen 1993, und dies., Remagen im März 1945, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 21, 1995, S. 503-540.
14. Vgl. Jürgen Keddigkeit: Die militärische Besetzung des südlichen Rheinland-Pfalz und des Saarlandes im März 1945, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 10, 1984, S. 333, und Mack (wie Anm. 11), S. 15 (zu Löffler: S. 35f.).
15. Vgl. Peter Neu/Hubert Orth: Am Ende das Chaos. Die letzten Tage des 2. Weltkrieges im Raum Bernkastel-Wittlich (Archiv für Kultur und Geschichte des Landkreises Bernkastel-Wittlich, Bd. 4), Monschau 1982.
16. Vgl. Edgar Mais: Die Kämpfe auf dem Hunsrück und an der Nahe 10.-20. März 1945 (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 50), Birkenfeld 1986, und Rainer Seil: Kriegsende 1945 in Eckweiler und Daubach. Ein Erlebnisbericht von Maria Schweinfurth geb. Kunz, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter 50, 1994, S. 55-64.
17. Vgl. Keddigkeit (wie Anm. 14), S. 335.
18. Vgl. Peter Neu: Bevor Koblenz fiel. Amerikanische Geheimberichte vor der Eroberung der Stadt Koblenz im März 1945, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter 29, 1983, S. 21-26 (Nachdruck bei: Willi K. Michels: Die Heimat in Scherben. Kriegsende an Rhein und Mosel 1945 [Kleine RZ Bücherei, Bd. 4], Koblenz 1985, S. 70-83), und Mack (wie Anm. 11), S. 31.
19. Vgl. Neu (wie Anm. 18), S. 23.
20. Faksimile in: Artikelserie „Als Koblenz brennend unterging“ (wie Anm. 1), Nr. 19 vom 4. Januar 1955, und Koblenz vor dreißig Jahren. Die Stunde Null, hg. vom Katholischen Leseverein e.V. Koblenz, Koblenz 1975, Innenblatt. Vgl. auch Mack (wie Anm. 11), S. 25.
21. Vgl. Edgar Mais: Ende und Anfang 1945. Die Kriegs- und Nachkriegszeit des Jahres 1945 im Kreis Birkenfeld (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 48), Birkenfeld 1985, S. 48.
22. Vgl. dazu Emmrich/Köppe: Die Bezirksregierung Koblenz 1945 bis 1957. Die Entwicklung und das Geschehen nach 1945, Koblenz o.J. (1957), S. 76f.; Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 444; Georg Friedrich Böhn: Wiederaufbau der Verwaltung, in: Franz-Josef Heyen (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard 1984, S. 2, sowie Peter Brommer: "Es ist nichts mehr zu regieren". Zur Odyssee der Bezirksregierung Koblenz in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 21, 1995, S. 541-566.
23. Vgl. Böhn (wie Anm. 22), S. 2, und Horst Romeyk: Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 63), Düsseldorf 1985, S. 164. Vgl. ferner die Aufzeichnungen „Auflösung und Ende des Oberpräsidiums der Rheinprovinz in Koblenz“ von Regierungsdirektor Dr. Becker (LHA Koblenz, Best. 700,151 Nr. 2). Aus der Zeit ab Mitte Januar 1945 haben sich vom Oberpräsidium nur ganz wenige Vorgangsreste erhalten (z.B. LHA Koblenz, Best. 403 Nr. 18340, 18348 und 18363), nachdem die Behörde durch einen Bombentreffer zerstört worden war und die Akten nach dem Bericht von Dr. Becker aufgrund des plötzlichen Luftdrucks ca. 250 Meter durch die Luft flogen.
24. Vgl. Peter Brommer: Die Partei hört mit. 2: Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland 1941-1945 (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 58), Koblenz 1992, S. 804-806.
25. Ebd., S. 807f.
26. Vgl. Henke (wie Anm. 10), S. 354-356, sowie die diesbezügliche Berichterstattung der Polizei (LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 53) und den Erlebnisbericht von Karl Härle über die Eroberung des Karthäuser Hofes (LHA Koblenz, Best. 714 Nr. 5977); insgesamt LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 319, 511.
27. Vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 759, S. 621: "Koblenz is clear except the citadel"; S. 622: "Ft Constantine in Koblenz held by enemy garrison of 40-60 men."
28. Ebd., S. 623: "Maj Wielke advised that Ft Constantine, Coblenz, had surrendered; S. 624: Ft Constantine fell at 0850 A with 70 EM and 5 officer PsW. All resistance ceased in Koblenz at 1000 A."
29. Vgl. Mack (wie Anm. 11), S. 32.
30. Ebd., S. 40f. Zur deutschen Gegenwehr auf der rechtsrheinischen Seite am 25. März 1945 vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 759, S. 456, 697 und 699.
31. Vgl. das Foto der Flaggenhissung in: Art. von Karl Oster: „Koblenz überwand das Chaos“, in: 10 Jahre danach. Dokumentarische Sonderausgabe der Rhein-Zeitung (LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 519, 511); Koblenz vor dreißig Jahren (wie Anm. 20); Rudolf Bauer: Koblenz - so wie es war 2, Düsseldorf 1980, S. 44; auch: Werner Mahlburg: Die Stadt Koblenz in den Jahren des Wiederaufbaus 1945-1947, Staatsexamensarbeit Würzburg 1986, S. 19f.
32. Hans Bellinghausen: 2000 Jahre Koblenz. Geschichte der Stadt an Rhein und Mosel, Boppard 1971, S. 326, gibt 1016 Tote (darunter 407 Frauen und 136 Kinder unter 16 Jahren) an (Zahl übernommen von Boberach [wie Anm. 8], S. 186); hingegen nennt Schnatz im Ausstellungskatalog (wie Anm. 2), S. 49, "mindestens 867 Zivilpersonen bzw. deportierte und

- kriegsgefangene Ausländer". Im Verwaltungsbericht der Stadt Koblenz für 1946 (Sta Koblenz, Hk 5 Ver, S. 6) werden 899 Todesopfer, 2925 Verwundete und 12 Vermißte genannt. Zu den Kriegstoten vgl. auch die Listen in LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 54-66.
33. Vgl. Heinz Schaeffgen: Mayen im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, in: Hans Schüller/Franz-Josef Heyen (Hg.): Geschichte von Mayen, Mayen 1991, S. 348-351.
  34. Vgl. Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 519. Vgl. auch Fritz Michel/Peter Bucher: Geschichte der Stadt Lahnstein, Lahnstein 1982, S. 30f. und 438f. Bellinghausen (wie Anm. 32), S. 329, nennt jedoch für Oberlahnstein allein 324 Tote beim Luftangriff vom 11. November 1944.
  35. Vgl. Schnatz, Luftkrieg (wie Anm. 11), S. 519.
  36. Ebd., S. 519, und Mahlburg (wie Anm. 31), S. 21.
  37. Vgl. Mahlburg (wie Anm. 31), S. 21, und Boberach (wie Anm. 8), S. 186. Zu den Kriegszerstörungen vgl. auch LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45274, 45281-45282 (die Akten im Best. 577 unterliegen derzeit noch der Sperrfrist) und Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 8103.
  38. Biographische Angaben bei Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 69), Düsseldorf 1994, S. 747f., und Helmut Kampmann: Wenn Steine reden. Gedenktafeln und Erinnerungsplatten in Koblenz, Koblenz 1992, S. 22f.
  39. Biographische Angaben bei Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 69), Düsseldorf 1994, S. 747f., und Helmut Kampmann: Wenn Steine reden. Gedenktafeln und Erinnerungsplatten in Koblenz, Koblenz 1992, S. 22f.
  40. Vgl. Art. von Franz Lanfers: „Ich übergab Koblenz den alliierten Truppen!“, in: 10 Jahre danach. Dokumentarische Sonderausgabe der Rhein-Zeitung (wie Anm. 31). Vgl. ferner Kampmann (wie Anm. 38), S. 25-27.
  41. Koblenz vor dreißig Jahren (wie Anm. 20) und Kampmann (wie Anm. 38), S. 32f.
  42. Boberach (wie Anm. 8), S. 191.
  43. Kampmann (wie Anm. 38), S. 28.
  44. Vgl. Franz-Josef Heyen: Freiheit, Pluralismus, Wachstum. Andernach 1945-1987, in: ders. (Hg.): Andernach. Geschichte einer rheinischen Stadt, Andernach 1988 (21994), S. 311f.
  45. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 15 vom 17. April 1945.
  46. Vgl. Heyen, Freiheit (wie Anm. 44), S. 314.
  47. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 7 vom 7. April 1945 (dort fälschlich auf den 7. Februar datiert). Am 27. März war zuvor bereits in Ahrweiler Dr. Melsheimer zum Landrat ernannt worden (vgl. Emmrich/Köppe [wie Anm. 22], S. 65).
  48. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 12 vom 13. April 1945 und Böhn (wie Anm. 22), S. 5.
  49. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 545. In der Frankfurter Presse Nr. 12 vom 5. Juli 1945, S. 2, (hg. von der Amerikanischen 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung) (Sta Koblenz) wird jedoch von 169 Entlassenen gesprochen. Im Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten von Koblenz vom 9. August 1945 wird die Zahl der Entlassenen wiederum mit 212 angegeben (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 128). Boberach (wie Anm. 8), S. 96, geht hingegen von 215 Entlassungen aus.
  50. Vgl. Hans-Jürgen Wünschel, Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-pfälzischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung. April bis Juli 1945 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 7), Mainz 1985, S. 335f.
  51. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 13 vom 14. April 1945.
  52. Ebd., Nr. 4 vom 4. April 1945. Zu Dienstentlassungen aufgrund von Bereinigungsverfahren im Stadtkreis Koblenz vgl. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45565.
  53. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 11 vom 12. April 1945. Vgl. ferner die 4. Sitzung des Koblenzer Bürgerrats vom 21. Juni 1946 (Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218, S. 21).
  54. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 12 vom 13. April 1945.
  55. Die Amerikaner rechneten anfangs mit starker Sabotage (vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 41, 45, 373, 375 und Nr. 759, S. 414).
  56. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 1 vom 29. März 1945 und Nr. 2 vom 31. März 1945.
  57. Vgl. Amtlicher Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz Nr. 1 vom 7. Juli 1945 (LHA Koblenz, Best. V Nr. 1158). Für Oberwesel galten folgende Zeiten: Am 21. März 1945 18.00-8.00 Uhr (LHA Koblenz, Best. 631 Nr. 1341) und am 31. März 1945 19.00-7.00 Uhr (LHA Koblenz, Best. 631 Nr. 1063).
  58. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 6 vom 6. April 1945 und Nr. 13 vom 14. April 1945. Mit Ausnahme von zwei HJ-Angehörigen, die auf amerikanische Wachen geschossen hatten, scheint es tatsächlich, folgt man amerikanischen Quellen, nicht zu größeren Zwischenfällen im Bereich des XXIII. US-Korps gekommen zu sein (LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 291).
  59. Vgl. hierzu Wünschel (wie Anm. 50), S. 338-342; Klaus Rost, Besatzung und Besatzungspolitik, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz (Kleine Schriftenreihe zur Landeskunde, Landesgeschichte und Landespolitik, Bd. 1), Mainz 1987, S. 33f., und Henke (wie Anm. 10), S. 185-204.
  60. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 1 vom 29. März 1945.
  61. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218, S. 18 und Nr. 8103, S. 77.
  62. Vgl. Wünschel (wie Anm. 50), S. 282f. Vgl. auch LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 123, 143-149 u. 371.
  63. Vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 145.
  64. Vgl. hierzu Bertram Resmini, Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19, 1993, S. 617-621.
  65. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985, und Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 2/1986.
  66. Vgl. Brommer, Die Partei hört mit (wie Anm. 24), S. 441-445, 487-489, 587-591, 600-606, 622-625, 697-699. Vgl. ferner ders., Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949



- (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 6), Mainz 1985, S. 56f., und LHA Koblenz, Best. 631 Nr. 1063 (Bericht vom 24. April 1945), S. 67.
67. Wünschel (wie Anm. 50), S. 363. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 758, S. 9. Das Lager bei Daaden dürfte mit dem Lager bei Emmerzhausen identisch sein (LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 451).
68. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 755, S. 255. Vgl. auch das Schreiben von Ministerpräsident Altmeier an Gouverneur Brozen-Favereau vom 28. Januar 1949, das für die Gneisenaukaserne zu diesem Zeitpunkt 1.756 Personen angibt (LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1011, S. 401-403).
69. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 63: "The advance had been rapid and the mopping up and security details in the rear were inadequate to accomplish anything other than security of highest priority targets."
70. Vgl. Resmini (wie Anm. 64), S. 605. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 105: "Corps mission was the evacuation of all Prisoners-of-War to proper enclosures as quickly as possible."
71. Vgl. Resmini (wie Anm. 64), S. 605. Becker (wie Anm. 13), S. 56, gibt für den 8. Mai 1945 folgende Zahlen an: 134.029 Gefangene in Remagen und 118.563 Gefangene in Sinzig. Für April notiert er für Remagen sogar 169.036 Gefangene. Vgl. auch Art. "Für zehn Gefangene gab es eine Schnitte Brot. Walter Göblers Erinnerungen an die Grauen im Lager Remagen", in: Rhein-Zeitung Nr. 121 vom 26. Mai 1995, S. 7.
72. Vgl. Franz-Josef Heyen: Die Lager deutscher Kriegsgefangener, in: Andernach. Geschichte einer rheinischen Stadt (wie Anm. 44), S. 301-310. Vgl. auch Gerd Michael Kneip: 1945 - und wie es weiterging. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Stadt, in: Stadtverwaltung Bad Kreuznach (Hg.): Bad Kreuznach von der Stadterhebung bis zur Gegenwart. Bad Kreuznach 1990 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Bad Kreuznach, Bd. 1), S. 255-258.
73. Zuletzt: Kurt Kleemann: Die Kriegsgefangenenlager Remagen und Sinzig 1945 aus der Sicht kommunaler Aktenbestände, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 20, 1994, S. 451-483.
74. Vgl. Resmini (wie Anm. 64), S. 605, und Mais, Ende und Anfang (wie Anm. 21), S. 174-185. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 700,259 Nr. 1.
75. Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 21 vom 24. April 1945.
76. Ebd. Nr. 24 vom 27. April 1945.
77. Vgl. Resmini (wie Anm. 64), S. 612-617.
78. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 393. Vgl. auch Mais, Ende und Anfang (wie Anm. 21), S. 221-225.
79. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 383. Vgl. ferner den Bericht von Obermedizinalrat Dr. Baethge über seine Eindrücke vom Obersteiner Lager vom 9. Oktober 1945 (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 43622, S. 183-185).
80. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 541.
81. LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 69.
82. Vgl. dazu Ulrich Springorum: Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1947). Berlin 1982 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 88), S. 72, Anm. 5; Wünschel (wie Anm. 50), S. 182, und Paul Arnd: Aus der Verwaltungsgeschichte der Bezirksregierung Trier, Trier 1986, Anhang I, Nr. 22.
83. Böhn (wie Anm. 22), S. 2f.
84. Vgl. Franz-Josef Heyen: Hans Fuchs, in: Walter Först (Hg.): Politik und Landschaft. Köln 1967 (Aus der Landesgeschichte. Rheinisch-westfälische Politiker vor 1933, Bd. 10), S. 169-175; Bezirksregierung Koblenz unter Mitarbeit von Hans Köppe und Reinhold Weissenfels (Hg.): Die Regierungspräsidenten von Koblenz. Koblenz 1983 (Schriftenreihe der Bezirksregierung Koblenz, Bd. 3), S. 82, und Romeyk, Verwaltungsbeamte (wie Anm. 38), S. 454f.
85. LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 76, S. 22.
86. Vgl. Wünschel (wie Anm. 50), S. 192.
87. Vgl. auch die schwammige Terminologie „President (Oberpräsident)“ im Bericht von Oberstleutnant Chaffin vom 20. Juni 1945 (Wünschel [wie Anm. 50], S. 334).
88. LHA Koblenz, Best. 465 Nr. 1. Vgl. hierzu auch die Aufzeichnungen von Regierungsdirektor Dr. Becker „Neues Beginnen! Oberpräsident a.D. - Regierungspräsident in Koblenz“ (LHA Koblenz, Best. 700,151 Nr. 2, S. 10-15).
89. Vgl. Wünschel (wie Anm. 50), S. 333.
90. Ebd., S. 334.
91. Vgl. Böhn (wie Anm. 22), S. 4. Für Koblenz war ab dem 13./14. April die 54. Flak-Brigade zuständig (Wünschel [wie Anm. 50], S. 271), so daß eine Truppenreduzierung von 14.000 auf 8.000 Soldaten stattfand (Wünschel, S. 285). Am 20. bis 26. Mai wurde die 54. Flak-Brigade durch die 66. Infanterie-Division ersetzt (Wünschel, S. 286), die am 7. Juni nach Marseilles verlegt wurde. An ihre Stelle trat die 35. Infanterie-Division (Wünschel, S. 289). Vgl. auch LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 759, S. 63.
92. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 17, und Wünschel (wie Anm. 50), S. 270.
93. Vgl. die Aufzeichnungen von Regierungsdirektor Dr. Becker „Verwaltung des Rheinlandmilitärdistrikts. Wirklichkeit und Planung“, "Oberpräsident Dr. Fuchs wird zum 'Oberpräsidenten des Rheinlandmilitärdistrikts' berufen" und "Bonn, Sitz der 'Regierung' des Rheinland-Militärdistrikts" (LHA Koblenz, Best. 700,151 Nr. 2) und Böhn (wie Anm. 22), S. 8.
94. Vgl. Wünschel (wie Anm. 50), S. 46f. Schon die Amtsbezeichnung „Oberpräsident“ bereitete einige Schwierigkeiten, da bekanntlich Dr. Heimerich als Oberregierungspräsident fungierte und dadurch nur schwer eine Hierarchie zum Ausdruck gebracht werden konnte.
95. Vgl. Böhn (wie Anm. 22), S. 8.
96. Ebd., S. 9, und Die Regierungspräsidenten von Koblenz (wie Anm. 84), S. 83. Unter dem Vorsitz von Castenholz trat am 29. Mai 1945 in Koblenz eine Landrätekonzferenz zusammen (LHA Koblenz, Best. 465 Nr. 1).
97. Vgl. Wünschel (wie Anm. 50), S. 93f.
98. Ebd., S. 98.
99. Ebd., S. 84.
100. Vgl. Böhn (wie Anm. 22), S. 9, und Wünschel (wie Anm. 50), S. 204-207, sowie LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 17-23. Zu biographischen Angaben vgl. Franz-Josef Heyen, Wilhelm Boden (1890-1961). Erster Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, in: Rheinland-Pfalz entsteht (wie Anm. 22), S. 185-196; Karl Martin Grass, Politiker-Porträts, in: Peter Haungs (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986, S. 259-261; Die Regierungspräsidenten von Koblenz (wie Anm. 84), S. 84f.; Romeyk, Verwaltungsbeamte (wie Anm. 38), S. 361. Dr. Boden wurde zwar erst am 13. Juni offiziell in sein Amt eingeführt, hatte dies aber schon am 6. Juni angetreten und am 9. Juni die Beamten und Angestellten der Regierung in einer kurzen Ansprache begrüßt (LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 48, S. 1f.). Als Dr.

- Heimerich ihm mit Schreiben vom 20. Juni 1945 die kommissarische Wahrnehmung der Aufgabe übertrug, glossierte Dr. Boden dies am Rand mit "Unsinn" (LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 29).
101. Vgl. Wünschel (wie Anm. 50), S. 102f. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 700,134 Nr. 1. Es dürfte sich bei den von Dr. Steinlein genannten Erlassen u.a. wohl um einen Erlaß von Dr. Fuchs vom 15. Juni betr. Organisation der Abteilung Landwirtschaft beim Oberpräsidenten des Rheinprovinz-Militärdistrikts (LHA Koblenz, Best. 442 Nr. 16339) gehandelt haben. Noch am 20. Oktober erreichte im übrigen ein Erlaß des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz die Trierer Bezirksregierung (LHA Koblenz, Best. 442 Nr. 16608).
  102. Vgl. LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 273.
  103. Vgl. Wolfgang Hölscher, Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4,5), Düsseldorf 1988, S. 137-139, und Beate Dorfey, Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung (Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der Rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, Bd. 8), Köln 1993, S. 117.
  104. LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 274.
  105. Vgl. Hölscher (wie Anm. 103), S. 140-145.
  106. Vgl. Brommer, Quellen (wie Anm. 66), S. 14-20.
  107. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 563.
  108. Ebd., S. 565.
  109. Ebd., S. 566.
  110. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 755, S. 571 und Nr. 756, S. 574, 578.
  111. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 574 und Nr. 755, S. 311. Vgl. auch Wünschel (wie Anm. 50), S. 291f. u. 302.
  112. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 130.
  113. Ebd., S. 136.
  114. Abbildung bei: Rainer Hudemann, Zur Politik der französischen Besatzungsmacht, in: Rheinland-Pfalz entsteht (wie Anm. 22), S. 43. Vgl. hierzu auch den Aufruf von Oberbürgermeister Kurth im Amtlichen Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz Nr. 5 vom 28. Juli 1945 (wie Anm. 57). Zur Grundlage für das Verbot und die Strafe vgl. Brommer, Quellen (wie Anm. 66), S. 24. Zu weiteren Sanktionen vgl. ders., Aspekte zur französischen Besatzungspolitik im Rheinland 1945-1949, in: Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 134f. Im Bericht des Landrats von Zell an Oberpräsident Dr. Boden vom 3. April 1946 zeigt sich sehr deutlich eine positive Wendung im gegenseitigen Verhältnis (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45519): "In den Nachtstunden des 1.4.1946 nach Beginn der Sperrstunde kamen zwei Traber junge Leute von einer Feier im angetrunkenen Zustand an einem französischen Militärposten vorbei. Der Militärposten ersuchte sie, bis zur Ablösung der Wache bei ihm stehen zu bleiben. Die jungen Leute widersetzten sich dem, fielen den Posten an und suchten ihm das Gewehr zu entwenden. Bei dem Handgemenge löste sich ein Schuß und drang dem Soldaten in den Oberschenkel. Die jungen Leute gingen flüchtig. Die französische Militärregierung verhängte über den Stadtteil Traben eine vollständige Sperre, so daß auch die Überquerung der Mosel nicht mehr möglich war. Die sofort eingesetzte deutsche Gendarmerie nahm die Untersuchung des Falles auf, und es gelang ihr, nach wenigen Stunden die Übeltäter zu verhaften. Am Nachmittag des gleichen Tages versuchte ein Nachen gegen das Verbot der Militärregierung die Mosel zu überqueren. Die Insassen, ein junger Mann und ein junges Mädchen, wurden vom französischen Militär beschossen. Dabei wurde das 15-jährige Mädchen so verletzt, daß es kurze Zeit darauf verstarb. Es stellte sich heraus, daß es sich um die Tochter des französischen Majors aus Traben handelt. Am darauffolgenden Tag erklärte mir der Kreisdelegierte, daß er mit Rücksicht auf die gute Arbeit der deutschen Gendarmerie und Polizei die Sanktionen aufgehoben habe. Er forderte mich auf, das der Bevölkerung bekannt zu geben mit dem ausdrücklichen Hinweis des Anerkenntnisses für die Polizei."
  115. LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 69.
  116. Frankfurter Presse (wie Anm. 49), Nr. 12 vom 5. Juli 1945, S. 2.
  117. Ministerpräsident Altmeier schildert in einem längeren Interview 1974 seine Tätigkeit in diesem Ernährungsausschuß (LHA Koblenz, Best. 700,169 Nr. 241, S. 11-15). Vgl. dazu auch Peter Brommer: Rheinland-Pfalz. Peter Altmeier, in: Walter Mühlhausen/Cornelia Regin (Hg.): Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Melsungen 1991, S. 274f.
  118. Amtlicher Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz (wie Anm. 57), Nr. 3 vom 21. Juli 1945; vgl. auch Hans Josef Schmidt: Formierung der Parteien in Koblenz, in: Rheinland-Pfalz entsteht (wie Anm. 22), S. 107, und Kurt Weitzel: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947, Mainz 1989, S. 56 und 326, Anm. 86. In Oberlahnstein war nach freundlicher Auskunft von Herrn Dr. Seibert (München) bereits ab dem 12. April ein Bürgerrat tätig (Sta Lahnstein, unverzeichnete Akte). Für die Situation in Andernach vgl. Heyen, Freiheit (wie Anm. 44), S. 312f.; in Bad Kreuznach vgl. Kneip (wie Anm. 72), S. 261-271, und in Bad Neuenahr-Ahrweiler vgl. Hubert Rieck, Der Neubeginn des politischen Lebens im Kreis Ahrweiler 1945-1947, in: Kreis Ahrweiler unter dem Hakenkreuz. Die politische und wirtschaftliche Situation vor 1933, die nationalsozialistische Diktatur 1933 bis 1945, die politischen Konsequenzen nach dem Zusammenbruch 1945 (Studien zur Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2), Bad Neuenahr-Ahrweiler 1989, S. 324.
  119. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218.
  120. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 8924.
  121. Ebd.; vgl. auch Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 8103, S. 213.
  122. Amtlicher Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz (wie Anm. 57), Nr. 3 vom 21. Juli 1945. Vgl. auch den Bericht des Koblenzer Oberbürgermeister an den Stadtkommandanten vom 21. Juli 1945: „Die Unterbringung durch weiteren Zuzug von Koblenzer Bürgern aller Berufe ist in dem Stadtkreis Koblenz fast unmöglich geworden, da keinerlei Wohnmöglichkeiten in der fast 80 % zerstörten Stadt mehr vorhanden sind“ (Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6709, S. 13). Vgl. ferner den Art. "Heimkehr und Evakuierung", in: Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 14. Mai 1946, S. 3.
  123. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45522.
  124. Vgl. hierzu den Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters vom 2. September 1945 (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 137): „Bis jetzt ist die Erfahrung gemacht worden, daß der Kreis St. Goar sich gegen den Zuzug der Evakuierten sperrt. Koblenz-Land könnte auch noch mehr Rückwanderer aufnehmen“. In einer Verfügung vom 14. September 1945 teilte Regierungspräsident Dr. Boden den Landräten und dem Oberbürgermeister von Koblenz mit, „daß alle in Koblenz

- wohnenden Personen, die sich in gesundheitlich unzureichenden Wohnungen aufhalten, auf dem Lande unterzubringen sind ... Aktion muß ... auf alle Landkreise des Regierungsbezirks ausgedehnt werden ... Von den unterzubringenden 6000 bis 8000 Personen entfallen auf jeden Landkreis je nach Größe 300-500“ (LHA Koblenz, Best. 930 Nr. 3036). Der Amtsarzt in Koblenz sah am 26. November 1945 ebenfalls größte Gefährdungen in seuchenhygienischer Hinsicht durch die Rückführung von 40.000-50.000 Menschen aus Thüringen (ebd.).
125. Ebd. Vgl. auch Michael Sommer, Flüchtlinge und Vertriebene in Rheinland-Pfalz. Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 15), Mainz 1990, S. 61-63. So wandte sich beispielsweise am 20. April 1946 die Stadt Koblenz an den Regierungsbeauftragten für Umquartierung (LHA Koblenz, Best. 930 Nr. 4239): "Der Kriegsbeschädigte J.S., geb. 17.10.25, ist arbeits- und obdachlos in Koblenz, z.Zt. im Bahnhofsbunker untergebracht. Um völlige Verwahrlosung zu verhüten, ist Evakuierung dringend notwendig. Ich bitte, ihn deshalb möglichst bald umzuquartieren. Zu erreichen ist S. über den Caritas-Verband, Hindenburgstraße 10." In der Zeit vom 15. Oktober bis 31. Dezember 1945 wurden 2.833 Personen aus der Stadt Koblenz in umliegende Landkreise evakuiert, wobei diese Zahl allerdings durch zurückkehrende Kriegsgefangene etc. wieder vollkommen kompensiert wurde. Zusätzlich wurden 3.182 aus Thüringen zurückkehrende Personen umgeleitet (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 4). Vgl. auch Art. „Die Lage der Koblenzer Evakuierten“, in: Rheinischer Merkur Nr. 41 vom 2. August 1946, S. 5.
126. LHA Koblenz, Best. 930 Nr. 4240.
127. Ebd.
128. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 5715.
129. Vgl. dazu den Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters vom 2. September 1945 (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 138f.).
130. Im Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters vom 5. Januar 1946 wurde auf "eine geringe Besserung durch die Beschaffung von Dachpappe" hingewiesen (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45459, S. 4).
131. Regierungspräsident Dr. Boden hatte wegen des angesprochenen Engpasses im Fuhrpark die einzelnen Kreisverwaltungen aufgefordert, der Stadt Koblenz Autos zur Verfügung zu stellen. Am 26. September 1945 musste jedoch dem Koblenzer Oberbürgermeister berichtet werden, daß vor mehreren Wochen für ausgefallene Autos von der Fahrbereitschaft fünf Holzgas-LKW's gestellt worden seien, von denen jedoch zwei nach kurzer Zeit wieder ausgefallen seien (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 44907). Vgl. hierzu auch den Art. von Oberbaurat Kockartz: Das Problem der Städte. Beseitigung oder Verwertung von Bauwürmmern?, in: Rheinischer Merkur Nr. 11 vom 18. April 1946, S. 5.
132. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 239. Vgl. ferner Best. 441 Nr. 45360, S. 163-165 und Nr. 45361, S. 229 sowie Art. „Koblenzer Zwischenbilanz. 300 Häuser im Werte von 65 Millionen Mark werden instand gesetzt“, in: Rheinischer Merkur Nr. 5 vom 29. März 1946, S. 5. Ein Gespräch des Oberpräsidenten, des Koblenzer Regierungspräsidenten, des Oberbürgermeisters, Vertretern des Bürgerrats und je zwei Mitgliedern der drei politischen Parteien mit Gouverneur Hettier de Bois Lambert am 2. August 1946 brachte allerdings keine Änderung (LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1005, S. 167-171). - Die Situation in anderen Orten war ganz ähnlich: So wurde dem Bürgermeister von Boppard in einer Besprechung mit dem dortigen französischen Stadtkommandanten am 8. September 1945 bekanntgegeben, daß verschiedene Familien von Offizieren und Unteroffizieren nach Boppard kämen, "für die komplette Wohnungen zu beschaffen sind. Die meisten Familien haben 2-3 Kinder, 1 Familie - ein Major - hat 6 Kinder. Es werden abgeschlossene Wohnungen gewünscht, wenn es geht, auch Häuser mit mehreren Wohnungen. Vorerst werden benötigt: 12 Offizierswohnungen, bestehend aus Küche, Eßzimmer, Wohnzimmer, 2, wenn nötig, auch 3 Schlafzimmer, Bad, fließendes Wasser, bequem und elegant. 6 Unteroffizierswohnungen, bestehend aus Küche, Wohn- oder Eßzimmer, 2 Schlafzimmer, Bad, fließendes Wasser. Bis morgen 6 Uhr soll angegeben werden, was in der Angelegenheit geschehen ist." (LHA Koblenz, Best. 618 Nr. 2697).
133. Verwaltungsbericht der Stadt Koblenz für 1946 (Sta Koblenz, Hk 5 Ver, S. 11). Vgl. auch Art. „Räumung von Wohnungen“, in: Rheinischer Merkur Nr. 42 vom 6. August 1946, S. 3, ebenso Nr. 64 vom 22. Oktober 1946, S. 4.
134. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45361, S. 389. Vgl. auch Art. von Oberbaurat Kochartz: Ein neues Koblenz. Betrachtungen zum Aufbau einer Großstadt am Mittelrhein, in: Rheinischer Merkur Nr. 1 vom 15. März 1946, S. 5, und Nr. 2 vom 19. März 1946, S. 3.
135. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6709, S. 154.
136. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 240, und Nr. 45361, S. 229.
137. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 241.
138. LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1147, S. 8. Vgl. auch Rheinischer Merkur Nr. 50 vom 3. September 1946, S. 3; zum Wiederaufbauplan vgl. auch LHA Koblenz, Best. 663,2 Nr. 183.
139. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45360, S. 167. Vgl. auch Art. "Die Frage der Hausbrandversorgung", in: Rheinischer Merkur Nr. 41 vom 2. August 1946, S. 5.
140. Rheinischer Merkur Nr. 58 vom 1. Oktober 1946, S. 4.
141. Vgl. Art. "Verhandlungen um Kohle", in: Rheinischer Merkur Nr. 60 vom 8. Oktober 1946, S. 3.
142. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 5. Am 27. März 1947 berichtete dann der Koblenzer Oberbürgermeister von „einem wilden Raubbau im Stadtwald“ (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45361, S. 233).
143. Rheinischer Merkur Nr. 60 vom 8. Oktober 1946, S. 3, und Nr. 74 vom 26. November 1946, S. 3. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 129, Nr. 45359, S. 5, Nr. 45361, S. 235 und 391.
144. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 5715, S. 42.
145. Ebd., S. 65.
146. Ebd., S. 60.
147. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 46361, S. 231 (vgl. auch Best. 441 Nr. 45360, S. 169). Vgl. ferner Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6015, S. 27: "In dem Zeitraum vom 1.-31. März 1947 kamen an Schuhwaren 2.300 Paar Frauenschuhe zur Verteilung." Vgl. außerdem Art. "Die Versorgung mit Schuhwerk", in: Rheinischer Merkur Nr. 68 vom 5. Nov. 1946, S. 3.
148. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 129.
149. Ebd., S. 137.
150. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 238. Vgl. auch Art. "Die Ernährungslage am Mittelrhein", in: Rheinischer Merkur Nr. 12 vom 24. April 1946, S. 2 und Nr. 13 vom 25. April 1946, S. 6.
151. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 5 und, S. 238. Hinzu kamen u.a. noch Unterstützungen aus der Quäkerhilfe, vgl. hierzu Rheinischer Merkur Nr. 66 vom 29. Oktober 1946, S. 3, und Nr. 70 vom 12. November 1946, S. 3.

152. Vgl. Rheinischer Merkur Nr. 25/ 26 vom 7. Juni 1946, S. 7 (ebenso Nr. 13 vom 25. April 1946, S. 3 und Nr. 22 vom 28. Mai 1946, S. 3).
153. Vgl. Art. „Heimkehr der Koblenzer Kinder“, in: Rheinischer Merkur Nr. 47 vom 23. August 1946, S. 5.
154. Vgl. hierzu auch Brommer, Aspekte (wie Anm. 114) S. 142.
155. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 239. Zu Schiebung bei der Koblenzer Lehrmolkerei vgl. Rheinischer Merkur Nr. 72 vom 19. November 1946, S. 3.
156. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45361, S. 237.
157. Vgl. Art. „Die Ernährung in Koblenz. Die Lebensmittelwaren müssen vor Diebstahl geschützt werden“, in: Rheinischer Merkur Nr. 15 vom 3. Mai 1946, S. 5 (auch Nr. 27 vom 14. Juni 1946, S. 5).
158. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 5.
159. Vgl. Rheinischer Merkur Nr. 20 vom 21. Mai 1946, S. 5, Nr. 21 vom 24. Mai 1946, S. 3, Nr. 22 vom 28. Mai 1946, S. 3, Nr. 25/ 26 vom 7. Juni 1946, S. 7, Nr. 44 vom 13. August 1946, S. 3, und Nr. 58 vom 1. Oktober 1946, S. 4, sowie Hans-Georg Bastiné, Kriminalität der Nachkriegszeit, in: Anton Maria Keim/Alexander Link (Hg.): Leben in den Trümmern. Mainz 1945 bis 1948, Mainz 1985, S. 131-140.
160. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6760, S. 196-198. Vgl. ferner Art. „Das Oberste Militärgericht tagte“, in: Rheinischer Merkur Nr. 3 vom 22. März 1946, S. 5 (auch Nr. 4 vom 26. März 1946, S. 3).
161. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 47034.
162. Vgl. z.B. die Eingabe von Heinrich Rädle aus Koblenz-Neuendorf vom 19. Juli 1945 an Regierungspräsident Dr. Boden (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 44656).
163. Verwaltungsbericht der Stadt für 1946 (Sta Koblenz, Hk 5 Ver, S. 93).
164. Ebd., S. 98.
165. LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 76.
166. Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 14. Mai 1946, S. 3.
167. Ebd. Nr. 23 vom 31. Mai 1946, S. 6. Vgl. auch das Schreiben des Generalverwalters Laffon an Gouverneur Hettier de Boisland vom 16. Juli 1946 (Colmar, C.922 pag.37 doss. 43-46).
168. Vgl. z.B. das Schreiben von Dr. Boden vom 30. Juni 1945 an Dr. Heimerich (Wünschel [wie Anm. 50], S. 211).
169. Brommer, Quellen (wie Anm. 66), S. 29f.
170. Böhn (wie Anm. 22), S. 12f.
171. Brommer, Quellen (wie Anm. 66), S. 62-83.
172. Angelika Schwank, Die deutsche Verwaltung im Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau im Jahre 1946, Wiesbaden 1988.
173. Brommer, Quellen (wie Anm. 66), S. 193-195.
174. Rheinischer Merkur Nr. 50 vom 3. September 1946, S. 1.
175. Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218, S. 31f. Vgl. auch Rheinischer Merkur Nr. 51 vom 6. September 1946, S. 2, und Peter Brommer, Koblenz oder Mainz? Die Verhandlungen über die Verlegung des Sitzes der Landesregierung, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter 28, 1982, S. 65f. Zum gesamten Problemkreis zuletzt: Helmut Mathy: Landeshauptstadt Mainz, in: Haungs, 40 Jahre (wie Anm. 100), S. 93-102. Im übrigen war Mainz bereits im Neugliederungsentwurf von Erich Koch-Weser von 1942-1945 als Hauptstadt eines Landes Oberrheinland mit Trier, Saar und der Pfalz vorgesehen (vgl. Dorfey [wie Anm. 103], S. 64).
176. Peter Brommer: Die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Boden im Spiegel der Ministerratsprotokolle, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 20, 1994, S. 485-561.
177. Jörg-Otto Heinen: Die wirtschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzung in der beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz 1946-1947, Neuwied o.J.; Hermann-Joseph Löhr: Die kulturpolitische Diskussion in der beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz Dezember 1946 - Mai 1947, Neuwied o.J., und Peter Brommer, Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz. Protokolle der Ausschüsse (Veröffentlichungen aus rheinland-pfälzischen Archiven. Kleine Reihe, Bd. 21), Koblenz 1981.